

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Katrin Kunert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 16/8000, 16/10187 –**

**Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung
– 16. Legislaturperiode –**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung legte im Februar 2008 ihren Tourismuspolitischen Bericht für die 16. Legislaturperiode vor. Dieses fünfzigseitige Papier ist vergleichbar mit einem Reisekatalog: sorgenfrei, bunt, optimistisch, glänzend. Bestehende Probleme werden negiert bzw. kleingeschrieben.
2. Ausgangspunkt aller Betrachtungen ist im Bericht der Bundesregierung die Tourismuspolitik als Wirtschaftszweig und Imagefaktor. Durch diese einseitige Betrachtungsweise werden wichtige Funktionen des Tourismus als Beitrag für die Erholung, Bildung und Gesundheit unterbelichtet bzw. völlig negiert.
3. Die Beschäftigten der Tourismuswirtschaft spielen im Bericht kaum eine Rolle. Dabei hat zum Beispiel fast jede zweite im Gastgewerbe tätige Person nur ein geringfügig entlohntes Beschäftigungsverhältnis, die meisten von ihnen sind Frauen, viele mit Migrationshintergrund. Zu der Frage, ob und wie die in der Tourismuswirtschaft Beschäftigten von ihren Löhnen auch leben können, schweigt der Bericht. Unakzeptabel ist deswegen der folgende Satz aus dem Bericht (Seite 16), in dem es um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland geht: „In besonderer Weise profitiert die deutsche Tourismuswirtschaft auch von der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und den Möglichkeiten, die geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bieten.“
4. Laut Bericht der Bundesregierung ist für eine aktive Tourismuspolitik lediglich der Beauftragte der Bundesregierung für Tourismus verantwortlich, der zuständige Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und seine Staatssekretäre sind auf dem Gebiet der Tourismuspolitik kaum wahrnehmbar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in den Mittelpunkt ihrer Tourismuspolitik das Ziel „Reisen für alle“ zu stellen. Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, sich zu erholen, zu verreisen, die Welt anzuschauen. Touristische Angebote sind auch für finanziell schwache Bevölkerungsschichten zu erschließen, um ihnen breiten Zugang zu Freizeit, Erholung, Reisen und Urlaub zu ermöglichen. Dazu gehört insbesondere die Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung;
2. gesetzlich zu sichern, dass bei der Entscheidung über die Höhe von Leistungen zur Grundsicherung und anderen Sozialleistungen Kosten für angemessene Urlaubsreisen sowie Klassenfahrten berücksichtigt werden. Durch Schulen ausgerichtete Klassenfahrten – Ziel ist für jede Schulklasse eine Schulfahrt in jedem Schuljahr – gehören zum staatlichen Bildungsauftrag und sind nicht Teil touristischer Grundversorgung;
3. sich für die Rechte der im Tourismusgewerbe Beschäftigten zu engagieren. Dazu gehören Mindestlöhne. Ausbildungsmöglichkeiten und -angebote müssen an aktuelle Entwicklungen angepasst und verbessert werden. Einem Tourismus, der zur Ausbeutung der gastgebenden Bevölkerung, zur Kinderarbeit und zur Prostitution beiträgt, ist aktiver Widerstand entgegenzusetzen;
4. mit all ihren Möglichkeiten zur Verbesserung der Barrierefreiheit beizutragen. Dazu gehören zum Beispiel klare gesetzliche Regelungen im Baurecht, die Bindung von steuerlichen Erleichterungen und die Gewährung von Zuschüssen für Investitionen an die Schaffung bzw. Gewährleistung von Barrierefreiheit. Ein wesentliches Ziel aller Aktivitäten der Bundesregierung in der Tourismuspolitik muss die Sicherstellung von Barrierefreiheit in der gesamten touristischen Kette sein. Grundgedanke ist, dass Barrierefreiheit im Tourismus mehr Komfort, Bequemlichkeit und damit eine höhere Urlaubsqualität für alle Reisenden bringt, egal, ob alt, jung, mit oder ohne Handicap;
5. sich für einen ökologisch verantwortbaren Tourismus einzusetzen. Sanfter und ressourcenschonender Tourismus ist stärker zu fördern. Dazu gehören besonders der Fahrrad-, Wander-, Wasser- und Reittourismus. Die Erschließung touristischer Regionen durch öffentliche Verkehrsanbindungen mit Bus und Bahn ist konsequent auszubauen;
6. sich verstärkt für die Entwicklung des Tourismus in ländlichen Räumen einzusetzen und damit auch Verluste an Arbeitsplätzen durch landwirtschaftlichen Strukturwandel zu kompensieren.

Berlin, den 23. September 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion